

Aachener Zeitung vom 11.04.2015, S.

10

Angespannte Lage

NRW: 7900 Plätze für erwartete 60 000 Flüchtlinge

VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf. NRW kann die stark steigenden Flüchtlingszahlen kaum noch bewältigen. In den ersten drei Monaten 2015 wurden 21 825 Flüchtlinge aufgenommen - 172 Prozent mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Die Folge: Bereits nach 14 Tagen müssen Asylbewerber aus überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes auf Kommunen verteilt werden. Oft fehlt sogar die Zeit zum Registrieren, Röntgen und zur medizinischen Untersuchung der Flüchtlinge.

Vor dem zweiten NRW-Flüchtlingsgipfel am Mittwoch in Düsseldorf ist die Lage angespannt. Zwar sinkt die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkanländern, weil diese Staaten zuletzt als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden und Anträge bei einer Anerkennungsquote gegen null schneller abgelehnt werden können. Dennoch rechnet NRW mit einem Anstieg der Erstanträge von Asylbewerbern 2015 auf mindestens 60 000. In zentralen Landeseinrichtungen stehen aber nur 7900 Plätze bereit. Dazu kommen 2133 Notfallplätze.

180 000 unbearbeitete Anträge

Ein großes Ärgernis: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stapelten sich Ende Januar fast 180 000 unbearbeitete Asylanträge für ganz Deutschland. Die Verfahrensdauer beträgt immer noch 5,6 Monate. Ende Dezember hatte die NRW-Landesregierung in einem Erlass sogar noch eine weitere Einzelfallprüfung für abgelehnte Antragsteller verfügt, um Familien bei einer Abschiebung nicht zu trennen. Dagegen hatten 15 Revier-Oberbürgermeister scharf protestiert und gefordert, dass die Rückführung von abge-

lehnten Asylbewerbern in ihre Heimatländer „nicht unnötig auf dem Verordnungswege“ erschwert wird. 2014 wurde nur jeder vierte der 128 000 bearbeiteten Asylanträge genehmigt.

Zusagen bisher nicht erfüllt

Der CDU-Flüchtlingsexperte André Kuper kritisierte, dass das Land NRW bisher nicht einmal die Zusagen vom ersten Flüchtlingsgipfel vor einem halben Jahr erfüllt habe. So seien von den zugesicherten neuen 44 Stellen in der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg erst 28 besetzt, das Beschwerdemanagement sei ebenso wenig umgesetzt wie die Hilfen für Flüchtlingskinder.

Derweil sorgt die Praxis, dass Gemeinden die Kosten für die Versorgung und Unterbringung von rund 36 000 geduldeten Flüchtlingen (vorläufig keine Abschiebung aus familiären und gesundheitlichen Gründen) allein tragen müssen, in Kommunen für massiven Ärger. Länder und Kommunen verlangen eine Finanzierung der Flüchtlingskosten durch den Bund. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) hat inzwischen signalisiert, dass der Bund künftig die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen übernimmt, um Kommunen zu entlasten. Sozialminister Guntram Schneider (SPD) hatte die bisher zugesagten Bundeshilfen von jeweils 500 Millionen Euro für dieses und das nächste Jahr als nicht ausreichend kritisiert.

Auf dem zweiten NRW-Flüchtlingsgipfel nächste Woche wollen Vertreter von Kommunen, Kirchen, Fraktionen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlings-Organisationen in der Düsseldorfer Staatskanzlei unter anderem über weitere Maßnahmen zur Unterbringung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen beraten.